



Darmstädter Seilschaften

Bäumchen wechsle dich

Anfang Mai war im Darmstädter Echo zu lesen, dass "die kommunalpolitische Saison ihrem Höhepunkt entgegenfiebert". Gemeint war die Umbildung des Magistrates. Im Vorfeld als großer "Showdown" zwischen Rot-Grüner Stadtregierung und Opposition angekündigt, wurde es in Realität

Ein Antrag der CDU, den auch unsere Fraktion unterstützte, und der die Verkleinerung des Magistrates von vier auf drei hauptamtliche Stadträte zum Inhalt hatte, wurde abgelehnt.

Die Wahlergebnisse sind bekannt. Selbst bei der Wahl des neuen



*Darmstädter
Filzhut*

ein weiterer Beweis für Filz und Machtgerangel in Darmstadt.

Schon im Vorfeld der Magistratsumbildung wurden sinnvolle Überlegungen dem Parteienproporz geopfert. Um die Grünen nach dem Ausscheiden ihres Dezernenten und Stadtbaurates Braun "angemessen" im Magistrat zu berücksichtigen, wurde eigens ein "Öko-Dezernat" gebildet. Wurde noch bei den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2003/2004 eine Stellenbesetzungssperre als unvermeidbar angesehen, so galt dies für den Magistrat anscheinend nicht. Was man hingegen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern zumutet, davon will man im Elfenbeinturm der Stadtregierung lieber nichts wissen.

Bürgermeisters Glenz erhielten die Rot-Grünen Koalitionäre eine Stimme mehr als die eigene parlamentarische Mehrheit. Der ehemalige Bürgermeister Knechtel, von der eigenen Partei nach allen Regeln der Kunst ausgezählt, fügte sich ins Unvermeidliche. Ob er nun den in Aussicht gestellten Beratervertrag, bei welcher städtischer Gesellschaft auch immer, angenommen hat oder nicht: auf dem Sozialamt werden wir Horst Knechtel nicht treffen. Woher die zusätzliche Stimme für Glenz kam, dürfte mittlerweile jedem klar sein. Wurde der FDP-Fraktionsvorsitzende Heino Swyter doch großzügig mit einem "Pöstchen" beim Bauverein belohnt. OB Benz setzte die Besetzung dieses Postens im Aufsichtsrat ohne Ausschreibung durch.

Liebe Darmstädter Mitbürgerinnen und Mitbürger,

haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, wen eigentlich die Stadt gehört? Natürlich den Bürgerinnen und Bürgern werden Sie antworten. Verwaltung und gewählte Parlamente haben die von Ihnen aufgebrauchten Steuergelder im Sinne des Allgemeinwohls sorgsam zu verwalten. Wir als Stadtverordnete haben dabei die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren, Anregungen und Verbesserungen einzubringen.

Leider sieht die Realität anders aus. Immer öfter erhalten Stadtverordnete auf berechnete Fragen nur den lapidaren Hinweis: Der Magistrat, d.h. die Stadtregierung, sei für die Angelegenheit nicht zuständig. Man solle sich an den Vorstand des jeweiligen städtischen Unternehmens wenden. So geschehen beim Deal mit den Darmstädter Straßenbahnen, die man

weiter auf Seite 7



*Rainer Keil,
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL
Vorsitzender der DKP Darmstadt*

Aus dem Inhalt:

Info-Blatt zu Haushalt	S.2
Straßenbahn verhökert	S.3
Ehrengräber	S.4
Nachtragshaushalt 2003	S.6
US-Horchposten in DA	S.7
Gemeinschaftshaus Arheilgen	S.8

Fortsetzung von S.1 "Seilschaften"

Glückwunsch, lieber Heino Swyter, der Du von der Sonne des Oberbürgermeisters beschienen wirst!

Aber auch andere aufrechte und ehrbare Kommunalpolitiker/innen lässt man nicht im Regen stehen. Nur wenige Monate später, im Juni, wurden im Magistrat zahlreiche Aufsichtsratsposten gewählt. Da diese Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt werden, wurden von den im Magistrat vertretenen Parteien Listenvorschläge gemacht. Interessant ist, welche Listenzusammenstellungen dort zu finden waren. Da gibt es gemeinsame Listenvorschläge von SPD / Grüne / FDP oder auch von CDU / FDP. So wird denn jeder mit einem Aufsichtsratsposten bedacht, manche sogar gleich mit mehreren dieser lukrativen Nebentätigkeiten. Dabei wäre es durchaus auch möglich gewesen, sachkundige Bürgerinnen und Bürger in solche Gremien zu wählen. Da der Aufsichtsrat ja den Vorstand eines Unternehmens kontrollieren soll, wäre dies sicher nicht abwegig gewesen.

Wie hoch die jeweiligen Aufsichtsratsvergütungen sind, ist von der Stadt nicht zu erfahren. Auf eine

kleine Anfrage unserer Fraktion zum Thema Mitgliedschaft in Vorständen und Aufsichtsräten erhielten wir die Antwort, es können "aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Angaben gemacht werden".

"Verdiente" Politiker werden in Vorstände von Unternehmen befördert und dort von ihren ehemaligen Kollegen und Parteifreunden in den entsprechenden Aufsichtsräten "kontrolliert". So bleibt alles "in trockenen Tüchern" und der vielgepriesene mündige Bürger bleibt auf der Strecke. Nach der so genannten Wende war in den ehemals sozialistischen Ländern viel von "alten Seilschaften", die es auszumerzen gelte, die Rede. Seilschaften in Aktion gibt es derzeit reichlich bei uns in Darmstadt. Der vielgerühmte "Darmstädter Filz" lebt und ist aktiver als je zuvor. Die Grünen, die einmal dem "Filzhut Beine machen" wollten, sind mittlerweile Bestandteil desselben.

Zu ändern ist dies nur durch mehr Bürgerbeteiligung und eine stärkere linke Opposition nach den nächsten Kommunalwahlen.

PDS-DKP/OL im Internet
www.pds-dkp-old.de

Kurz berichtet 1

Niebergall-Schule und Georg-August-Zinn-Schule

Die räumliche Situation an der Niebergall-Schule ist bekanntermaßen mehr als prekär. Mit einer kleinen Anfrage vom 03.07.2003 haben wir nachgefragt, wie der Magistrat dieses Problem noch vor Schulbeginn in den Griff bekommen will.

Ähnlich dramatisch ist die Situation an der Georg-August-Zinn-Schule in Wixhausen. Hier wurden wir immer mit "alternativen Finanzierungsmodellen", sprich Leasing, vertröstet. Die zuständige Dezernentin, Frau Wagner, erklärte auf unsere konkrete Frage in der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juli 2003 nun überraschend, für Projekte wie Anbauten kämen Leasingmodelle nicht in Frage. Nun müssen diese Maßnahmen über den gerade in Beratung befindlichen Nachtragshaushalt abgewickelt werden. Sicherlich für Eltern und Schüler der Schule kaum tröstlich, denn auch hier drängt die Zeit und Vieles liegt im Argen.

Wehrmachtsausstellung kommt doch nicht

Mit großer Mehrheit, bei nur zwei Gegenstimmen aus der CDU-Fraktion, wurde unser Antrag, die Wehrmachtsausstellung nach Darmstadt zu holen, angenommen (wir berichteten). Jetzt informierte das Hamburger Institut für Sozialforschung die Stadt, dass die Ausstellung nur noch bis Ende 2004 gezeigt wird und auch bis zu diesem Zeitpunkt ausgebucht ist. Auf Nachfrage unserer Stadtverordnetenfraktion erklärte das Institut, eine Verlängerung sei nicht geplant. Wir bedauern dies, werden aber die weitere Entwicklung im Auge behalten.

Info-Blatt zum städtischen Haushalt

Erst 2005?

Unsere Stadtverordnetenfraktion beantragte im Mai 2002, die Bürgerinnen und Bürger Darmstadts jährlich in einem Info-Blatt über die aktuelle Haushaltslage zu informieren. Dieses Info soll die wichtigsten Rahmendaten des aktuellen Haushalts sowie die Entwicklung der zentralen Ein- und Ausgabearten beinhalten. Geplante Großprojekte sollen kurz vorgestellt und beziffert werden. Ziel unseres Antrages war es, mehr Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen.

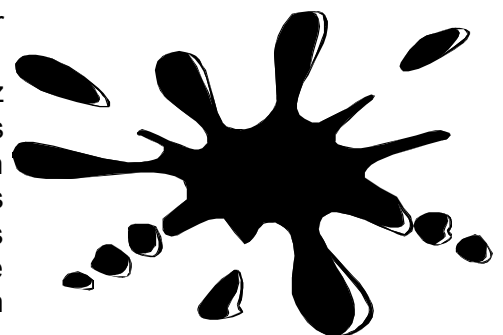
Dieser Antrag wurde mit kleinen Änderungen angenommen. Geplant war es dieses Info erstmals zum Doppelhaushalt 2003/2004 zu veröffentlichen.

Nun schreibt uns der neue Bürgermeister und Stadtkämmerer

Wolfgang Glenz: "Die Herausgabe eines solchen Info-Blattes ist nicht sinnvoll." Durch die Auflagen des Regierungspräsidiums müssten die Daten fortgeschrieben werden.

Unsere Fraktion hat dem widersprochen: "Wir sehen zwar die Schwierigkeiten und den Zeitaufwand für die Erstellung eines solchen Infos, sind aber der Meinung, dass gerade in solchen schwierigen Zeiten die Information der Bürgerinnen und Bürger mehr als notwendig ist."

Wir haben mit Bürgermeister Glenz einen Termin vereinbart, um dieses Problem zu lösen, und haben konkrete Beispiele des Projektes "kommunaler Bürgerhaushalt" aus NRW angeführt. Diese Beispiele dürften für eine solche Diskussion eine gute Grundlage bilden.



Das machtlose Parlament

Straßenbahn verhökert - Demokratie abgebaut

Einem Presseartikel am 17. Juli 2003 war zu entnehmen, dass die Darmstädter Straßenbahn schon vor fünf Jahren im Rahmen eines Cross-Border-Leasing-Geschäftes an einen US-amerikanischen Investor verkauft wurde. Am Rande der Stadtverordnetenversammlung am gleichen Tag gab der damalige Stadtkämmerer Grünewald auf Nachfrage, ob die im Zeitungsbericht dargestellten Informationen

Neben OB Benz waren u.a. noch der damalige Bürgermeister Knechtel, Stadtverordnetenvorsteher Weidmann, CDU-Fraktionschef Gehrke und der ehemalige Stadtbaurat Braun vertreten. Auch der Griesheimer Bürgermeister Leber war im erlauchten Kreis dabei.

Sie alle haben also von dem damaligen Deal gewusst oder ihm zugestimmt, vermutlich ohne Details des

aktuellen Stunde zum Thema zog sich OB Benz wie zu erwarten auf rechtliche Positionen zurück. Das Aufsichtsgremium des Unternehmens HEAG sei nun einmal der Aufsichtsrat und nicht die Stadtverordnetenversammlung.

Rechtlich mag dies stimmen, politisch ist dies mehr als fragwürdig. Die Ereignisse um den Verkauf der Straßenbahn beweist, wie schon der Verkauf der Kläranlage 1989, dass Privatisierung auch Abbau von Demokratie bedeutet. Die gewählten Stadtverordneten werden zu Statisten erklärt, die Kontrolle über elementare Bereiche den Gewinninteressen von Konzernen untergeordnet. Im Falle des vor fünf Jahren abgeschlossenen Vertrages geht es nicht um eine Kleinigkeit. Hier wurde am Stadtparlament als demokratischer Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Darmstadts vorbei ein nicht unerheblicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge verherbergt.

PDS-DKP/OL im Internet
www.pds-dkp-old.de



zum Verkauf der Darmstädter Straßenbahnen der Wahrheit entsprechen die lapidare Antwort "dies sei wohl allgemein bekannt". Diese Aussage ging wohl etwas an der Realität vorbei. Wir nahmen die Angelegenheit zum Anlass einer kleinen Anfrage, um Details des damaligen Vertrages zu erfahren. Wie zu erwarten kam die Reaktion prompt: Der Magistrat in Gestalt von OB Benz sei nicht zuständig. Nachfragen bei der HEAG förderten folgenden Sachverhalt zu Tage: Das Unternehmen teilte mit, dass die Aufsichtsräte ausführlich über die Transaktion informiert wurden. Die im Schreiben aufgeführten städtischen Vertreter in den Aufsichtsräten lesen sich wie das Who-is-Who der städtischen Politik.

Vertrages zu kennen. Nur so ist die plötzliche Ahnungslosigkeit zu erklären. Wir gehen davon aus, dass auch die Führungen der etablierten Parteien in Darmstadt informiert oder eingebunden waren.

Auf unsere Fragen nach Einsicht in das damalige Vertragswerk ging die HEAG in ihrem Schreiben erst gar nicht ein. So ist auch nicht nachzuprüfen, ob die Behauptung der HEAG zutrifft, "dass die damalige Transaktion aufgrund der erheblichen Unterschiede (...)" mit Frankfurt nicht zu vergleichen ist. Zweifel sind angebracht.

Aktuelle Stunde im Parlament

In einer von den kleinen Fraktionen im Stadtparlament beantragten

Kurz berichtet 2

Spielplatz Parcusstraße

Schon im Mai 2003 hat sich die Initiative Spielplatz Parcusstrasse bei den Fraktionen gemeldet. Ziel der Initiative ist es, den Spielplatz und das angrenzende "Quartiersplätzchen" für alle Anwohner wieder attraktiver zu machen. Und dies ist dringend notwendig, wie wir uns vor Ort informieren konnten.

Auf eine kleine Anfrage antwortete die zuständige Dezernentin jetzt, dass die Mittel für die Sanierung im Nachtragshaushalt bereitgestellt würden. Die Sanierung soll in 2004 erfolgen, falls es zu keinen weiteren Haushaltskürzungen kommen sollte.

Braune Ehrengräber

Honni soit qui mal y pense - Schlecht, der schlecht darüber denkt

Seit Anfang dieses Jahres bemüht sich unser Stadtverordneter Rainer Keil um Auskünfte zu Darmstadts Ehrengräbern. Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft hat sich nun mit diesen Fragen befasst. Im Protokoll der Sitzung des Ausschusses vom 18. September 2003 heißt es: "Stadtverordneter Barth (Fraktion Bündnis 90/Grüne) beantragt, dass ein Heftchen herausgegeben werden soll, das auf die Gräber hinweist. Deshalb schlägt er vor, dass sich Herr Peter Engels (Stadtarchiv) Gedanken darüber macht, ob es möglich wäre, in der Reihe 'Darmstadt aktuell' so ein Heftchen zu erarbeiten, das den Sachen gerecht werden, die Stadtverordneter Keil haben möchte." Was ist es nun aber, was der Stadtverordnete Keil haben will und was man im Protokoll gar nicht wagt beim rechten Namen zu nennen? Auskunft darüber gibt der Antrag der Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/OL Darmstadt vom 02.07.2003. Darin heißt es u.a.: "Die aktuelle Liste der Ehrengräber ist anhand heute zugänglichem Archivmaterials historisch neu zu bewerten und ggf. zu verändern."

Anlass zu dieser Forderung unserer Fraktion gab eine Akteneinsicht in die Forschungsunterlagen jenes Historikers, der laut schriftlicher Auskunft von Bürgermeister Knechtel "vor einiger Zeit" im Grünflächenamt tätig gewesen ist und als Teil seiner Aufgabe "die Ehrengräber des Alten Friedhofs gesichtet hat." Die Forschungsergebnisse von besagtem Historiker, dem Deutsch-Kanadier Fred Kautz, einem ausgewiesenen Sachverständigen, was die Geschichte des "Dritten Reiches" anbelangt, lassen den Schluss zu, dass nicht nur "ehrenhafte" Grabstätten von der Stadt gepflegt

werden.

Zu beanstanden ist u.a. das "Ehrengrab" 4 G 7, worin der Komponist und Kapellmeister Hans Simon (1897-1982) beigesetzt ist. Wie Kautz herausfand, trat Simon am 1.5.1933 der NSDAP bei und bekam die Mitgliedsnummer 229107, nachdem er bereits zuvor die Position des Dirigenten des Kammerorchesters des "Kampfbunds für deutsche Kultur" innehatte, sich also schon die barbarischen, völkisch-antisemitischen Ansichten von Alfred Rosenberg zu



eigen gemacht hatte. Im April 1933 wurde er zum kommissarischen Leiter der städtischen Akademie für Tonkunst ernannt, wobei ihm "vor allem die Aufgabe der Gleichschaltung zufiel", wie es im Programmheft der Hessischen Landesmusikschule zur Feier ihres 100-jährigen Bestehens 1951 heißt. Einer der Simons "Gleichschaltung" zum Opfer fiel, war der als Jude geltende Leiter der Opernschule der städtischen Akademie, Paul Ottenheimer, einer der wenigen Überlebenden von

Theresienstadt, der nach Darmstadt zurückkehrte, wo Täter und Opfer nun auf dem gleichen Friedhof begraben sind.

Anstoß nehmen wir auch an der Ehrung eines Generals Oskar von Hutier (4 C 135). Er war Bundespräsident des Deutschen Offiziersbunds. Wie einige kopierte Seiten aus den Memoiren des französischen Botschafters André François-Poncet belegen, paktierte der Deutsche Offiziersbund mit Hitler in der Harzburger-Front.

Schließlich sehen wir in der Ehrung des Sportfunktionärs Emanuel Schmuck (1 E 171) die Verabschiedung von demokratischem Geschichtsbewusstsein. Schon die Inschrift "Unserem verdienstvollen Führer ..." auf dem Findling auf der Grabstätte hätte stutzig machen sollen. Doch die Übernahme der Schmuck-Grabstätte als Ehrengrab scheint weniger mit der ernsthaften Auseinandersetzung mit einer historischen Persönlichkeit zu tun zu haben, dafür aber um so mehr mit irgendeinem Kuhhandel zwischen dem Bürgermeisteramt und der HEAG. Anlass zu dieser Vermutung gibt eine Illustration zu dem Artikel "Ehrengrabstätte für Emanuel Schmuck ...", in der Hessischen Turnzeitung Nr. 10 vom 15.5. 2001. Darauf posieren

nämlich in Eintracht miteinander Prof. Dipl.-Ing. Horst Blechschmidt, der Vorsitzende der HEAG, und Bürgermeister Knechtel vor dem teutonischen "Hinkelstein". Erfahren wir noch aus der einschlägigen Nummer des Kreisblatts der Deutschen Turnerschaft aus dem Jahre 1926, dass es vielen Trauergästen aus der deutschnationalen Turnerschaft sauer aufstieß, weil "die hessische Regierung [SPD, Zentrum, DDP] und die Schulbehörden bei der Feier nicht sprachen", fragen wir uns, warum

man Kautz seinerzeit nicht dazu ermutigte, ihn womöglich sogar daran hinderte, dem Film nachzuspüren, der von der pompösen Beerdigung gedreht worden war. Man hätte wohl die gesamte spätere Harzburger-Front darauf zu sehen bekommen: Kriegervereine, den Stahlhelm, schlagende Verbindungen in vollem Wuchs usw.

Stadtverordneter Keil überreichte OB Peter Benz eine Liste mit diesen

und anderen zu beanstandenden Gräbern. Und nun kommt Stadtverordneter Barth mit dem wenig durchdachten Vorschlag, Stadtarchivar Peter Engels solle aus diesen Peinlichkeiten ein Heftchen machen. Wie stellt er sich das vor? Was soll Dr. Peter Engels im Vorwort dieses Heftchens sagen? Am besten die Wahrheit, nämlich, dass wenn sein Dienstherr, der ehemalige Bürgermeister Knechtel, mit einem Ehrenggrabwunsch an ihn herantrat, er öfter als einmal, ohne gründliche Recherchen, schnurstracks ein Gefälligkeitsgutachten erstellte und mit Nachdruck empfahl, die Grabstätte des Komponisten und Kapellmeisters Hans Simon und die des Sportfunktionärs Emanuel Schmuck als "Ehrengräber" in städtische Obhut zu nehmen. Die

ausdrückliche Danksagung des Hessischen Turnverbands an Bürgermeister Knechtel und namentlich genannte Beamte der Stadt in der vorerwähnten Hessischen Turnzeitung geben auf jeden Fall zu erkennen, dass der damalige Bürgermeister den Ehrengabantrag für Schmuck als Chefsache behandelte und dabei mit gewissen Erwartungen an seine Adjutanten herantrat, denen diese dann gehorsam Folge leisteten.

Dass diverse Spießgesellen der Hitler-Partei in Darmstadt geehrt werden, hat bereits im Ausland Besorgnis hervorgerufen. Es gibt Protestbriefe angesehener Wissen-

schaffler der Brock University, Kanada, zum Beispiel von dem 1938 aus Deutschland geflüchteten Germanisten, Prof. Dr. Claude R. Owen, und der Slawistin, Prof. Dr. Julia A. Frankel, die Himmlers Einsatzkommandos mit noch knapperer Not entkommen ist. Letztere versucht unserem OB in einem Brief vom 29.04.2003 folgendermaßen eindringlich ins Gewissen zu reden: "Selbst nach so vielen Jahrzehnten nach dem



Zweiten Weltkrieg kann man Deutschland nicht vertrauen, dass es den Mut aufbringt, zurückzuschauen und sich seine schmerzliche und schändliche Vergangenheit einzugestehen," hält sie ihm entgegen. "Statt sich der Aufgabe zu stellen, haben Sie denjenigen entlassen, der Sie daran erinnert. Können wir im Hinblick darauf sicher sein, dass sich die Vergangenheit nicht wiederholt?"

Jegliche Kritik von sich weisend, schrieb unser OB ihr zurück: "Die Wissenschaftsstadt Darmstadt dürfte einige der wenigen Städte sein, die sich über viele Jahrzehnte intensiv, wissenschaftlich und

publizistisch mit der Nazi-Vergangenheit auseinandergesetzt hat. ... Der in Ihrem Brief vorgetragene Vorwurf entbehrt jeglicher Grundlage."

Was soll ein Sachverständiger wie Peter Engels noch herausfinden?

Dass Hans Simon gar kein richtiger Nazi war und er seine Familie nicht mehr hätte ernähren können, wenn er nicht gezwungenermaßen der NSDAP beigetreten wäre?

Herausstellen wird sich wohl auch, dass General Oskar von Hutier sich geradezu rührend um das Wohl der Witwen und Waisen gefallener Offiziere gekümmert hat, so dass Alles, was er sonst noch angestellt haben mag, gar nicht ins Gewicht fällt. Und Schmuck wird man als Träger der olympischen Idee gewiss seinen Respekt nicht verweigern können, da seine Verdienste als Sportfunktionär all seine Sünden überwiegen, die er als Totengräber der Weimarer Republik begangen haben mag.

Immerhin hat sich Herr Dr. Peter Engels schon einmal „empfohlen“ durch seine Stellungnahme zum Fall Franz Jürgens. Im Kommandobefehl Nr. 62 vom 4.11.1942 der Darmstädter Schutzpolizei schrieb Polizei-Oberstleutnant Jürgens:

"Der Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle Darmstadt übermittelte mir für die erwiesene Unterstützung bei der Durchführung der Judenevakuierung seinen Dank. Für den vollen Einsatz spreche ich allen beteiligten Offizieren, Unterführern und Männern meine Anerkennung aus." Von der Presse um eine Stellungnahme dazu gebeten, brachte Engels Zweifel zum Ausdruck, "ob aus dem Dokument ... eine aktive Mitäterschaft am Holocaust abgeleitet werden k[önne]". (Gert Blumenstock, "Weiße Weste eines Helden bekommt braune Flecken," Frankfurter Rundschau, 3.2.2003).

Nachtragshaushalt 2003

Sanierung der Schulen soll verschoben werden- am Kongress-Zentrum soll festgehalten werden!

Die Situation der Städte und Gemeinden ist dramatisch. Dies gilt auch für Darmstadt.

Der vorgelegte Nachtragshaushalt geht an diesen Tatsachen vorbei.

Wichtige Bereiche, wie u.a. das Schulbausanierungsprogramm, werden durch die Umplanung der Mittel in Verpflichtungsermächtigungen für kommende Jahre auf die lange Bank geschoben.

An Prestigeobjekten der "Stadtobere", wie dem geplanten Wissenschafts- und Kongress-Zentrum, bei dem weder Bau- noch Folgekosten feststehen, wird festgehalten.

Wir, die PDS-DKP/OL werden bei den Etatberatungen mit unseren Haushaltsanträgen versuchen andere Schwerpunkte zu setzen.

Der von der hessischen Landesregierung zu verantwortende soziale Kahlschlag ist in Darmstadt nicht zu kompensieren.

Allerdings gibt es einige Bereiche, die so wichtig sind, dass die Stadt, um ihrer Verantwortung gegen den hier lebenden Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, einspringen muss.

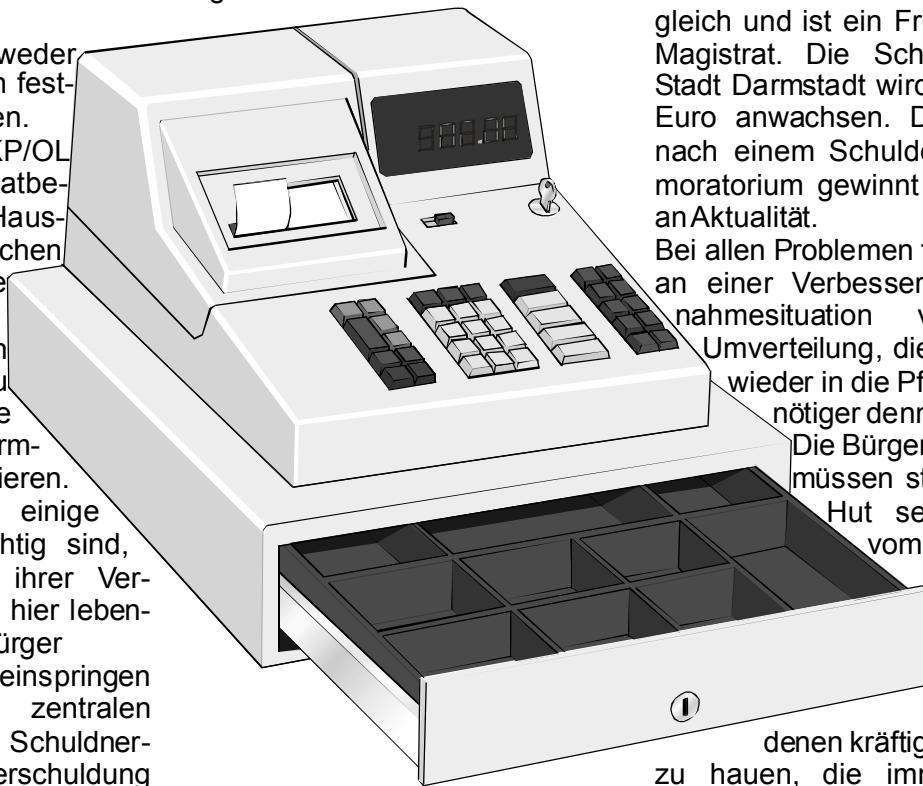
Einer dieser zentralen Bereiche ist die Schuldnerberatung. Die Überschuldung vieler privater Haushalte ist besorgniserregend und nimmt ungeahnte Ausmaße an. Wir werden daher beantragen, das in den Nachtragshaushalt 70.000 Euro für diesen Bereich eingestellt werden.

Das schon sicher gewählte Gemeinschaftshaus Rodgaustraße ist durch das Hin und Her zwischen Stadt und Land wieder gefährdet. Wir beantragen zusätzlich 100.000 Euro für eine Entwurfsplanung. Hier tritt die Stadt zwar in Vorlage, dieses Geld fließt aber, wenn gebaut wird, vom Land wieder in die Stadtkasse zurück.

Im Bereich "Familienfreundliche Schule" sollen vom Land zufließen-

de Fördermittel für den Bereich Ganztagschule gegengerechnet werden. Plus 30.000 Euro vom Land, minus 30.000 Euro von der Stadt, für eine familienfreundliche Schule ein Nullsummenspiel. Wir halten dies für falsch und beantragen, die im Nachtrag vorgeschlagene Kürzung von 30.000 Euro für diesen Bereich rückgängig zu machen.

Für den Bereich "Flexible Betreuungszeiten der Kitas" wollen wir



weitere 10.000 Euro bereitgestellt haben.

Abgeplant werden sollten unserer Meinung nach die Mittel für die Videoüberwachung am Kleinschmidtsteg (- 125.400 Euro), die wohl noch teurer wird, als vorgesehen und deren Nutzen in keinem Verhältnis zu den Kosten steht.

Die Rot-Grüne Koalition hat das vom Regierungspräsidium geforderte Haushaltskonsolidierungsprogramm spät vorgelegt. Dies erschwerte eine vernünftige Debatte über den Nachtragshaushalt. Im Entwurf der Nachtrags-Haushaltssatzung soll der Höchstbetrag

der Kassen-kredite um 50 Mio. Euro auf 150 Mio. Euro erhöht werden. Dies zeigt, wo der Weg hingehet: Mehr Schulden. Wir halten diesen Weg für falsch und werden daher beantragen, diesen Wert auf 70 Mio. Euro abzusenken. Das Budgetrecht ist eines der elementarsten Rechte eines Stadtparlaments. Die Erhöhung des Höchstbetrages der Kassenkredite kommt einer Entmündigung der Stadtverordnetenversammlung gleich und ist ein Freibrief für den Magistrat. Die Schuldenlast der Stadt Darmstadt wird auf 320 Mio. Euro anwachsen. Die Forderung nach einem Schulden- und Zinsmoratorium gewinnt daher erneut an Aktualität.

Bei allen Problemen führt kein Weg an einer Verbesserung der Einnahmesituation vorbei. Eine Umverteilung, die Vermögende wieder in die Pflicht nimmt, ist nötiger denn je.

Die Bürger unserer Stadt müssen ständig auf der Hut sein, um nicht vom Magistrat über den Tisch gezogen zu werden! Es ist an der Zeit, all

denen kräftig auf die Finger zu hauen, die immer nur den unteren Einkommenschichten in die Taschen fassen!

Nachtrag: Wenn Sie diesen Artikel lesen, dürfte die Debatte zum Nachtragshaushalt schon vorbei sein. Über die Ergebnisse können Sie sich bei unserer Fraktion informieren.

**PDS-DKP/Offene Liste
c/o Rainer Keil,
Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 Darmstadt**

Tel.: 06151-66 90 310

Fax: 06151-66 90 533

E-Mail: info@pds-dkp-old.de

Internet:

<http://www.pds-dkp-old.de>

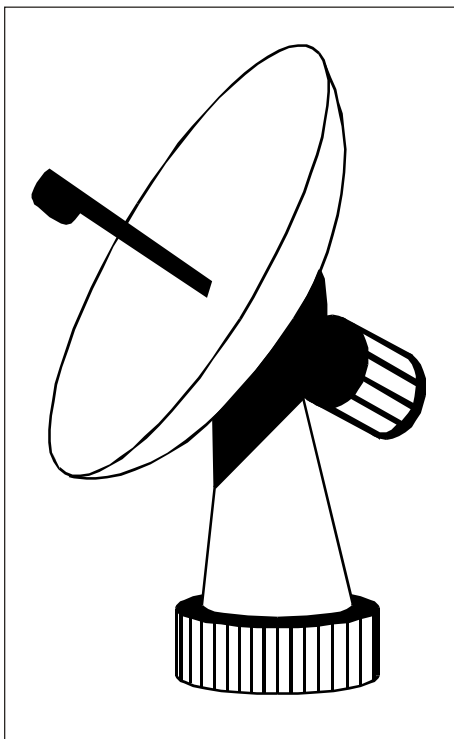
US-Horchposten

Bespitzelung und Kriegsvorbereitungen auf dem August Euler Flugplatz

Die US-Army hat für die fünf in Bad Aibling abgebauten Satelliten-Anlagen den ehemaligen August-Euler-Flugplatz auf Darmstädter Gemarkung auserkoren. Die Anlage wurde vom RP unter Verweis auf den § 37 Baugesetzbuch genehmigt.

Diese Anlage gehört zum weltumspannenden Abhörsystem "Echelon". Hier werden Telefongespräche, Faxe und andere elektronische Übertragungssysteme überwacht. Verdächtige Formulierungen werden herausgefiltert und durch Nachrichtendienst-Experten ausgewertet. Die USA nutzen diese Anlage neben ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit überwiegend zur Industriespionage. Spannende Frage: Was hat diese Anlage mit "Landesverteidigung, dienstlichen Zwecken des Bundesgrenzschutzes oder dem zivilen Bevölkerungsschutz" (§ 37 Baugesetzbuch) zu tun? Wieso kann sich die US-Army im Genehmigungsverfahren auf das Nato-Truppenstatut berufen, obwohl diese Anlage mit der Nato nichts zu tun hat?

Ein weiterer Aspekt kommt in der öffentlichen Diskussion allerdings noch zu kurz: Die Echelonstationen werden nicht nur zum Abfangen der Telekommunikation genutzt, sondern auch für Zwecke des amerikanischen National Missile Defense Systems (NMD), dem Nachfolger des SDI (Strategic Defense Initiative) Programms des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Ziel des NMD ist es, wie bereits beim SDI Programm, gegnerische Langstreckenraketen bereits in der Startphase durch Infrarotsensor-Satelliten zu erkennen und deren Flugbahn zu berechnen, später den eigentlichen Sprengkopf von anderen Komponenten und Täuschkörpern zu isolieren und zu identifizieren um ihn dann gezielt mit Abfangraketen und Lasern vor dem Einschlag zu zerstören.



Es dient also auch massiven Kriegsvorbereitungen unter dem Mantel der "Terrorbekämpfung" und stellt natürlich im Konfliktfall ein Angriffsziel dar.

Kurz berichtet 3

"Unrentable" Kinderspielplätze

Der Magistrat hat mit der Magistratsvorlage 470 über die geplanten Maßnahmen zur Errichtung und Ausbau von Kinderspielplätzen informiert. Mit gleicher Post erhielten wir die Magistratsvorlage 499, bei der es um die Schließung "unrentabler" Spielplätze geht. Betroffen hiervon sind Spielplätze in Arheilgen, Kranichstein, Eberstadt und der Innenstadt. Was denn ein "unrentabler Spielplatz" ist, darüber schweigt sich die Vorlage aus. Man habe dies bei "Ortsbegehungen" festgestellt.

Sind dies erste Ansätze des angekündigten Haushaltskonsolidierungsprogrammes? Auf wessen Kosten wird hier gespart?

weiter von Seite 1

heimlich vor fünf Jahren an US-amerikanische Investoren verscherbelte. Zu welchen Bedingungen dies geschah, ist Ihnen und uns unbekannt. Oder bei der Diskussion um die hohen Abwassergebühren. Auch damals keine Antworten auf drängende Fragen. Die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat ziehen sich auf rechtliche Vorschriften zurück. Formaljuristisch sind sie den Stadtverordneten tatsächlich nicht rechenschaftspflichtig.

Wie in anderen Städten wurde auch in Darmstadt in der Vergangenheit vieles outgesourced, privatisiert. Alles wird besser, alles wird bunter, alles wird billiger. So hieß es immer.

Nichts davon ist wahr. Im Gegenteil, zentrale Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (Strom, Wasser, Verkehr) werden den Profitinteressen großer Konzerne wie eo.n und anderen geopfert. Demokratisch gewählte Parlamente haben keinen Einfluss mehr, Stadtverordnete werden zu Statisten degradiert. Spitzenpolitiker aller bürgerlichen Parteien sitzen in Vorständen und Aufsichtsräten und sind dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig.

Wir haben versucht, Einiges davon in dieser Ausgabe unserer "Darmstadt links" aufzuarbeiten.

Es ist festzustellen: diese Stadt wird von den etablierten Parteien geführt, als sei sie ihr Privateigentum. Tatsache ist jedoch: Privatisierung nutzt eben nur jenen, die anschließend in den Unternehmen in Vorstand und Aufsichtsrat sitzen und Aufwandsentschädigungen einstreichen. Also, noch einmal die Frage: Wem gehört diese Stadt?

*Ihr
Rainer Keil*

Unsere kleine Anfrage zur Horchstation in Darmstadt ist nachzulesen im Internet unter:

<http://www.pds-dkp-old.de>

Wer mehr über Echelon wissen will findet einige Informationen im Internet unter:

<http://kai.iks-jena.de/miniwahr/echelon-index.html>

und

<http://www.cndyorks.gn.apc.org/mhs/index.htm>



Am Rande des Europawochenendes kam es in Darmstadt zu einem Treffen mit Martin Kroll-Kullwald von der KPÖ Graz. Genosse Kroll-Kullwald berichtete von den erfolgreichen Kommunalwahlen in Darmstadts Partnerstadt Graz (20 Prozent für die KPÖ) und von aktuellen kommunalpolitischen Themen.

Jetzt erst recht!

Gemeinschaftshaus für Arheilgen

Nach jahrelangen Bemühungen sollte es nun endlich Wirklichkeit werden, das geplante Gemeinschaftshaus in der Rodgaustraße. Die Stadt Darmstadt hatte für eine Vorentwurfsplanung 20.000 Euro bereit gestellt, die für die Beauftragung dreier Planungsbüros verwendet wurden. Grundlage für die Förderantragsstellung beim hessischen Sozialministerium ist allerdings eine Entwurfsplanung, welche die Stadt nach Schätzungen weitere 100.000 Euro kosten wird. Warum diese Tatsachen nicht schon vorher bekannt war, steht in den Sternen.

Die politisch Verantwortlichen in Darmstadt sind jetzt nicht bereit, dieses Geld in den Nachtragshaushalt einzustellen. Dies hat zu üblen Schlammschlachten in der regionalen Presse zwischen Hanno Benz (SPD) und Rafael Reißer (CDU) geführt. Der Arbeitskreis Rodgaustraße merkte dazu in einer Erklärung an: "Die Mitglieder des Arbeitskreises Rodgaustraße waren sich darüber einig, dass der in großen Teilen unsachliche und von parteipolitischen Erwägungen geprägte Diskurs der beiden Mandatsträger die Perspektiven für das Gemeinschaftshaus eher

*Liebe Darmstädter
Bürgerinnen!
Liebe Darmstädter
Bürger!*

Das Jahr 2003 neigt sich dem Ende zu. Der Jahreswechsel steht vor der Tür. Für viele war 2003 kein gutes Jahr. Arbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltskürzungen, keine Lehrstelle aber auch die Verschlechterungen im Bildungsbereich und bei den sozialen Sicherungssystemen sowie der Krieg im Irak prägten dieses Jahr. Wir hoffen, dass Sie von persönlichen Katastrophen verschont blieben und wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein glückliches und friedliches Jahr 2004.



verschlechtert hat. Anstatt auf die betroffenen Bürger zuzugehen und sich in Stadt und Land für das Projekt einzusetzen, ging es nach Ansicht des Arbeitskreises eher darum, „dem jeweiligen politischen Gegner die Schuld für das potenzielle Scheitern des Gemeinschaftshauses zuzuschieben.“ Dem schließen wir uns an. Unsere Fraktion wird im Rahmen der Diskussion des Nachtragshaushaltes 2003 die Stadt dazu auffordern, diesem sinnvollen Projekt die nötigen Mittel endlich zur Verfügung zu stellen.

Ich habe Interesse an der PDS-DKP/OL

Name:....., Vorname:.....

Straße:....., PLZ, Ort:.....

Tel.:.....

E-Mail:.....

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos per Post , per Mail

**PDS - DKP/Offene Liste
Stadtverordnetenfraktion**
c/o Rainer Keil,
Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 Darmstadt
Tel.:06151-66 90 310,
Fax: 06151-66 90 533
E-Mail: info@pds-dkp-old.de